

Holpriger Start für die Regierung Morales

Nach den ersten vier Wochen der Regierung Morales sieht es für die Menschenrechtsverteidiger in Guatemala nicht so düster aus, wie zu befürchten war. Die Ex-Militärs werden sich weiter verantworten müssen für ihre Verbrechen im Bürgerkrieg, und der Druck auf die korrupten Seilschaften in der Politik nimmt zu. Die Zivilgesellschaft ist zu einem wichtigen ausserparlamentarischen Akteur geworden.

Jimmy Morales hatte im Oktober 2015 nach seinem überraschenden Wahlsieg weder ein Regierungsprogramm, noch ein Kabinett. Das Regierungsprogramm fehlt immer noch, aber bei seinem Regierungsantritt am 14. Januar 2016 hatte er wenigstens seine Regierung vollständig beisammen: Eine bunte Mischung aus Wirtschaftsvertretern, Technokraten, Agroindustriellen und Vertretern der Ölindustrie, angereichert durch UniversitätsdozentInnen. Die wenigsten davon waren vorher Mitglieder seiner Partei, der FCN (Frente de Convergencia Nacional).

Knatsch unter den Militärs

Nicht eingetroffen ist die Befürchtung, dass die Ex-Militärs, die seine Partei organisiert und ihm zur Wahl verholfen haben, auch mit Ministersesseln für ihre Mühe belohnt würden. Sein Wahlkampfleiter, Édgar Justino Ovalle Maldonado, war zwar für den Fraktionsvorsitz vorgesehen. Er hat aber zurzeit genug damit zu tun, sich in einem Strafverfahren wegen des Massakers CREOMPAZ 1981 bis 1988 zu verteidigen, bei dem 500 Indigene verschleppt, gefoltert, getötet und verscharrt wurden. Ovalle war 1983 Mitglied des Kommandos der damaligen Zone 21, heute CREOMPAZ. Nur wegen seiner Immunität als Abgeordneter ist er einer Verhaftung vorläufig entgangen. Vierzehn seiner Offiziers-Kameraden, denen Ovalle heute noch in der Veteranenvereinigung AVEMILGUA verbunden ist, sitzen zurzeit im Gefängnis und warten auf ihren Prozess.

Das war für den amtierenden Generalstabs-Chef der Armee, Alfredo Sosa Díaz, unerträglich. Er hat nach der Verhaftung der 14 Ex-Militärs eine Verfassungsbeschwerde eingereicht gegen Artikel 8 des Aussöhnungsgesetzes, welches Genozid, das gewaltsame Verschwindenlassen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausdrücklich von

der Amnestie ausnimmt. Obwohl er in Anspruch nimmt, als Privatperson gehandelt zu haben, hat ihn Präsident Morales seines Postens enthoben. Am 12. Januar 2016 hat das Verfassungsgericht seinen Antrag abgelehnt und Artikel 8 nicht ausser Kraft gesetzt. Das Verteidigungsministerium hat danach in einem Communiqué bekräftigt, dass es sich auch künftig aus politischen und juristischen Angelegenheiten heraushalten und sich auf die heutigen militärischen Aufgaben konzentrieren will, die von der Gesellschaft erwartet werden.

Mit seiner Intervention wollte Präsident Morales die Skeptiker beruhigen, die ihn als Marionette in den Händen der Ex-Militärs darstellen. Gleichzeitig wurde damit auch die Position der Chef-Anklägerin, Thelma Aldana, und der CICIG (Comisión Internacional contra la Impunidad en Guatemala) gestärkt. Deren Timing war perfekt: die Verhaftungen am 6. Januar fanden nur gerade 9 Tage vor der Amtseinsetzung von Jimmy Morales statt. Im Scheinwerferlicht seiner ersten Tage im Amt, konnte er seine Parteigenossen unmöglich schützen, ohne sein Gesicht zu verlieren und seinem Slogan „Ni corrupto, ni ladrón“ untreu zu werden.

Die vierte Gewalt übernimmt ihre Rolle

Sein Anspruch, transparent und ehrlich zu regieren, steht unter dauernder Beobachtung der Presse. Bereits musste er eingestehen, nicht nur über 5 Mio Quetzales (ca. 600'000 CHF), wie im Wahlkampf behauptet, sondern bei genauer Nachrechnung über 8,4 Mio Q. zu verfügen. Er hat versprochen, sich durch das Amt des Präsidenten nicht zu bereichern: „Ich gehöre zur Mittelschicht und am Ende meiner Amtsdauer werde ich weiter zur Mittelschicht gehören.“ Darüber hinaus will er 60% seines Salärs für gemeinnützige Zwecke spenden.

Aus der neuen Regierung musste bereits nach elf Tagen die Kommunikationsministerin, Sherry Ordóñez, ausscheiden. Sie hatte verheimlicht, dass ihre Firma Insevi 2006 bis 2014 Aufträge des Staates im Umfang von 16 Mio Q. erhalten hat. Dazu kommen Steuerschulden im Umfang von 300'000 Q.

Findet Jimmy einen Weg aus dem Finanzdebakel?

Trotz dieser ersten unschönen Flecken auf seiner weissen Weste strengt sich der neugewählte Präsident an, seinen Wahlversprechen gerecht zu werden. Aus der katastrophalen Finanzlage, die ihm seine Vorgängerregierungen überlassen haben, will er sich mit einem Befreiungsschlag etwas Luft verschaffen. Er will einen Teil der Bankdarlehen in Staatsanleihen zu einem niedrigeren Zinssatz umschulden und weitere 1.6 Mia Q. in Anleihen aufnehmen. Diese Mittel sollen vor allem der Justiz und der Universität San Carlos in Guatemala zugutekommen. Staatsanwaltschaft und Gerichtsbehörden sind dringend auf mehr Mittel angewiesen, wenn Guatemala die Kultur der Straflosigkeit bei der Korruption, im Drogenhandel, bei den Menschenrechtsverbrechen des Bürgerkriegs, aber auch im Bereich der gewöhnlichen Kriminalität überwinden will. Eine nachhaltige Finanzierung ist das nicht. Für das nächste Budget wird die Regierung Morales nicht darum herumkommen, die Steuereinnahmen zu erhöhen; durch eine verbesserte Steuerdisziplin, aber auch durch Erhöhung der Steuersätze. Dazu braucht sie die Zustimmung des Kongresses.



Morales mit seiner Präsidentenschlaufe am Anker seiner Versprechungen, der Zivilgesellschaft, der CICIG, der Staatsanwaltschaft, des CACIF und der sozialen Netzwerke

Im Kongress hat die Partei des Präsidenten, der FCN, lediglich 11 von 157 Sitzen. Für die neue Legislatur haben die Mehrheitsparteien den Einsitz der FCN in allen vorberatenden Kommissionen und im Ratsbüro verhindert. Wenn die Regierung ihre Vorlagen durchbringen will, muss sie also inhaltlich sehr überzeugend sein, oder den bisherigen guatemalteckischen Weg wählen: Die Zustimmung der Abgeordneten mit Vorteilen für sie und ihre Klientel erkaufen. Aber genau dagegen ist Jimmy Morales angetreten!

Der Kongress reformiert sich selbst - kann er das?

Es besteht eine kleine Chance, dass der Kongress ernsthafte Anstrengungen unternimmt, sich selbst zu reformieren. Der neue Kongresspräsident, Mario Taracena von der UNE, gibt sich reformfreudig und hat als erstes die Reform des Legislativgesetzes traktandiert. Sie wurde am 11. Februar 2016 beschlossen und verbietet unter anderem den Transfugismo. Damit wird das Phänomen bezeichnet, dass Abgeordnete nach ihrer Wahl nach Belieben und meist zu ihrem persönlichen Vorteil die Partei wechseln. Nicht selten tun sie das mehrmals pro Legislatur. Deshalb erstaunt es auch nicht, dass zwischen ihrer Wahl letzten Oktober und dem 11. Februar, an dem der Transfugismo verboten wurde, noch 30% der Abgeordneten von dieser Möglichkeit Gebrauch machten. Zwischen Beschluss und Inkrafttreten nutzten noch 11 die letzte Gelegenheit, davon wechselten 8 zur FCN, der Regierungspartei, obwohl Präsident Morales versprochen hat, keine Überläufer zu akzeptieren. Inzwischen hat die Fraktion des FCN mit Überläufern ihre Stärke von 11 auf 30 Mandate erhöht und ist damit fast gleichauf wie die stärkste Fraktion der UNE mit 31 Mandaten.

Die politische Landschaft in Guatemala ist in Bewegung. Die Zivilgesellschaft drängt auf Reformen und die labilen Kräfteverhältnisse zwischen Regierung und Kongress lassen einiges möglich erscheinen, das vor einem Jahr noch undenkbar war. Immer wichtiger wird die ausserparlamentarische Opposition, die sich im letzten Jahr durch die wöchentlichen Kundgebungen auf der Plaza Central Gehör verschafft und die Regierung Pérez Molina gestürzt hat. Das ist für die Menschenrechts-VerteidigerInnen eine hoffnungsvolle Perspektive. Aber auch die reaktionären Kräfte der Ex-Militärs mobilisieren zu Kundgebungen und verstärken ihre Allianzen mit der Oligarchie.

Peter Keimer

„Die Korruption ist der Krebs, welcher die Gesellschaft bedroht“

So sagte Iván Velásquez, der von der UNO ernannte Leiter der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) im Au-